



SVP Uri

Petra Simmen

Altdorf, 21. März 2018

Interpellation: Vernehmlassungsantwort zu «Sion 2026» der Urner Regierung

Der Regierungsrat des Kantons Uri hat im positiven Sinn auf eine Vernehmlassung des Bundesrats zu Beiträgen des Bunds an die Olympischen und Paralympischen Winterspiele Sion 2026 Stellung genommen.

Die Vernehmlassungsantwort der Urner Regierung zu «Sion 2026» ist relativ kurz ausgefallen. Für mich stellen sich diesbezüglich noch einige Fragen. Zumal es sich doch um ein grosses nationales Sportprojekt mit erheblichen Investitionen handelt.

Der Nationalrat hiess letzte Woche eine Motion gut, die eine Bewerbung für die Spiele 2026 vor das nationale Stimmvolk bringen will. Wenn im Sommer auch der Ständerat die Motion unterstützt muss «Sion 2026» dem Stimmvolk unterbreitet werden. «Sion 2026» wird die Schweiz mindestens eine Milliarde Franken kosten.

Derart grosse Sportprojekte haben in der Vergangenheit gezeigt, dass sie Chancen aber auch Risiken mit sich bringen.

Meines Erachtens reicht die jetzige Vernehmlassungsantwort des Urner Regierungsrates nicht, um Antworten zu geben, welche Voraussetzungen gegeben sein müssen, wenn Uri sich als Gästededestination profilieren und Sportanlagen für Trainings- und Vorbereitungs-zwecke bereitstellen würde. Weiter wäre der Regierungsrat bereit, finanzielle, personelle und infrastrukturelle Unterstützungen zu prüfen.

Welche Auswirkungen die Urner Ausrichtung «Sion 2026» haben wird, scheint doch noch sehr unklar zu sein. Inwiefern Uri alle diese Regierungsrätlichen Annahmen erfüllen kann bzw. auch zu erfüllen vermag, wirft grundsätzliche Fragen auf.

Antrag


Gestützt auf Art. 128 der Geschäftsordnung des Urner Landrats ersuche ich den Regierungsrat, um die Beantwortung folgender Fragen.

1. Auf welche Fakten stützen sich die Aussagen der Urner Regierung in der Vernehmlassungsantwort zu «Sion 2026»?
2. Wie bzw. was sind die Ergebnisse der Aufwands- und Ertragsanalyse zu «Sion 2026» für den Kanton Uri?

3. Die Urner Regierung könnte sich, laut Vernehmlassungsantwort bzw. Parlamentarischer Empfehlung (Andreas Bilger) vorstellen, dass der Kanton Uri für Trainings- oder Vorbereitungszwecke genutzt wird. Der Bundesrat hat dazu klar gesagt, dass bei Verbleiben von ungedeckten Kosten, diese von der Durchführungsorganisation oder auch den Durchführungskantonen zu tragen sind. In welchem Umfang wären dann die Risiken für den Kanton Uri?
4. Rechnet der Regierungsrat, in Bezug auf Frage 3, mit zusätzlichen Investitionen in diese Sportanlagen oder weitere Infrastrukturen im Kanton Uri?
5. In seiner Stellungnahme hält der Regierungsrat fest, dass er sich insbesondere im Bereich der Sicherheit ein noch grösseres finanzielles Engagement des Bundes wünscht. Der Kanton Uri sei bereit, die Austragungsorte bei der Gewährleistung der Sicherheit im Rahmen eines Interkantonalen Polizeieinsatzes zu unterstützen. Die Sicherheitskräfte würden während gut dreier Monate in den betreffenden Kantonen fehlen. Was hat diese Zusage für Auswirkungen auf die Polizeiarbeit in Uri bzw. die Sicherheit in Uri?
6. Was würde der Einsatz der Urner Polizeikräfte den Kanton Uri kosten oder könnten diese Kosten allenfalls ganz oder teilweise weiter verrechnet werden?

Ich bedanke mich beim Regierungsrat für die Beantwortung dieser Fragen.

Erstunterzeichner
Petra Simmen



Zweitunterzeichner
Hansheiri Ziegler

